

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst, Dr. Michael Ependiller, Dr. Heiko Heßenkemper, Norbert Kleinwächter, Marc Bernhard, Mariana Iris Harder-Kühnel, Waldemar Herdt, Stefan Keuter, Jens Maier, Tobias Matthias Peterka und der Fraktion der AfD**

### **Wissenschaft von Ideologie befreien – Förderung der Gender-Forschung beenden**

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Gender-Forschung (Geschlechterforschung) erhebt den Anspruch, die „Bedeutung von Geschlecht und das Verhältnis der Geschlechter“ ([www.bundestag.de/resource/blob/425662/d6f1279b77bec6f5770c31b6a4319725/WD-9-025-16-pdf-data.pdf](http://www.bundestag.de/resource/blob/425662/d6f1279b77bec6f5770c31b6a4319725/WD-9-025-16-pdf-data.pdf), S. 6) erforschen zu wollen. Dabei wird davon ausgegangen, dass das Geschlecht, auch das biologische, „sozial konstruiert“ sei ([www.genderkompetenz.info/w/files/gkompzpdf/gkompz\\_was\\_ist\\_gender.pdf](http://www.genderkompetenz.info/w/files/gkompzpdf/gkompz_was_ist_gender.pdf)) und dass die Biologie kaum einen Einfluss auf das Geschlecht habe. Diese Annahme wird auch als „Blank Slate Theorie“ (Pinker, Steven [2002]: *The Blank Slate: The Modern Denial of Human Nature*, New York: Penguin Books) bezeichnet.

Diese Theorie ist fragwürdig, da die naturwissenschaftliche Forschung zahlreiche Evidenzen dafür liefert, dass die Biologie einen maßgeblichen Einfluss auf das Geschlecht und Geschlechterrollen ausübt. So gibt es z. B. wissenschaftliche Nachweise dafür, dass allein die Konzentration der Sexualhormone Östrogen und Testosteron einen maßgeblichen Einfluss auf das Verhalten haben (<https://psycnet.apa.org/doiLanding?doi=10.1037%2Fa0039765>; zuletzt abgerufen am 08. 10. 2020). Neugeborene mit einem höheren Testosteron Gehalt weisen so z. B. ein anderes Verhalten auf als solche mit einem geringeren Testosteron Gehalt ([www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0018506X09001731?via%3Dihub](http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0018506X09001731?via%3Dihub); zuletzt abgerufen am 08. 10. 2020). Dabei korreliert bereits die Hormonkonzentration von Föten mit Verhaltensdispositionen im Kindesalter (<https://journals.sagepub.com/doi/10.1111/j.1467-9280.2009.02279.x>; zuletzt abgerufen am 08. 10. 2020), was auch damit erklärt wird, dass die verschiedenen Hormone bereits in der Gebärmutter eine unterschiedliche Hirnentwicklung auslösen ([www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC4681519/](http://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC4681519/); zuletzt abgerufen am 08.10.2020). Das führt wiederum zu psychologischen Geschlechterunterschieden, die bereits vor einer umfassenden Sozialisation vorhanden sind (Alexander, G. M., & Wilcox, T. [2012]: *Sex differences in early infancy*. *Child Development Perspectives*, 6, pp. 400–406), also bevor ein Kind überhaupt ein Konzept von Geschlechterrollen oder Geschlechtlichkeit internalisiert hat (Campbell, A. [2006]: *Feminism and evolutionary psychology*, in J. Barkow (Ed.): *Missing the revolution: Darwinism for social*

scientists [pp. 63–99], New York: Oxford University Press). Festzuhalten bleibt, dass Studien wie diese von der Gender-Forschung nicht rezipiert werden.

Im anglophonen Raum gibt es bereits Untersuchungen, die belegen, dass Ignoranz gegenüber biologischer Evidenz vor allem bei feministisch orientierten Wissenschaftlerinnen zu konstatieren ist (Horowitz, Mark, William Yaworsky & Kenneth Kickham [2014]: Whither the Blank Slate? A Report on the Reception of Evolutionary Biological Ideas among Sociological Theorists, *Sociological Spectrum*, 34:6, 489–509, DOI: 10.1080/02732173.2014.947451, S. 505). Dass eine derartige Missachtung von Forschungsergebnissen durch die Gender-Forschung vermehrt vorkommt, wird auch innerhalb der Fachwissenschaft kritisiert. So wird darauf hingewiesen dass es „in keinem anderen Forschungsgebiet“ einen so „hohen Grad homosozialer Verdichtung und Schließung“ gibt wie in der Gender-Forschung (Hirschhauer, Stefan: Wozu Gender Studies? Ein Forschungsfeld zwischen Feminismus und Kulturwissenschaft, S. 881). Der Feminismus wird „von vielen [Genderforschern] immer noch als Name einer Art politischer Partei aufgefasst – eine geschlossene Wagenburg“ (Hirschhauer, Stefan: Wozu Gender Studies? Ein Forschungsfeld zwischen Feminismus und Kulturwissenschaft, S. 882). Das begünstigt eine „politisch selektive Themenwahl“ bzw. Wahrnehmungsverzerrungen, wie z. B. die „systematische[n] Überschätzung der Relevanz, die die Geschlechterunterscheidung für moderne Gesellschaften hat“ (Hirschhauer, Stefan: Wozu Gender Studies? Ein Forschungsfeld zwischen Feminismus und Kulturwissenschaft, S. 881), oder die bewusste Ignoranz gegenüber biologischen Evidenzen (s. o.).

Trotz dieses eindeutigen Befundes wissenschaftlicher Fragwürdigkeit wächst in Deutschland die Zahl der Professuren für Gender-Forschung. Laut einer Datensammlung der FU Berlin gibt es in Deutschland bereits 213 Professuren für den Bereich Gender-Forschung ([www.mvz.org/database.php#](http://www.mvz.org/database.php#)). Dem stehen, um zwei Vergleichszahlen zu nennen, lediglich 195 Professuren für Pharmazie oder 147 für Zahnmedizin gegenüber ([www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publikationen/Downloads-Hochschulen/personal-hochschulen-2110440187004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publikationen/Downloads-Hochschulen/personal-hochschulen-2110440187004.pdf?__blob=publicationFile), S. 271–272).

Ein Grund für die verhältnismäßig hohe Anzahl an Gender-Professuren sind unter anderem systemische Zwänge, denen sich die Hochschulen und Wissenschaftler gegenübersehen. So bestätigen Vertreter von Hochschulleitungen, dass die Aussicht auf Bundesmittel ein deutlicher Anreiz für die (Weiter-)Entwicklung der Gender-Forschung darstellt ([www.genderforschung-governance.de/images/inhalte/Broschuere\\_Gender-Forschung\\_2016.pdf](http://www.genderforschung-governance.de/images/inhalte/Broschuere_Gender-Forschung_2016.pdf), S. 16); explizit wird dieser Zusammenhang z. B. im Rahmen des Professorinnenprogramms (Professorinnenprogramms des Bundes und der Länder zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen Professorinnenprogramm III) ([www.bundestag.de/resource/blob/536708/f920fd8afc4c784a7bd0ce05801097bd/wd-8-043-17-pdf-data.pdf](http://www.bundestag.de/resource/blob/536708/f920fd8afc4c784a7bd0ce05801097bd/wd-8-043-17-pdf-data.pdf), S. 5, 9) oder des Zukunftsvertrags (Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken; [www.gwk-bonn.de/themen/foerderung-von-hochschulen/hochschulpakt-zukunftsvertrag/zukunftsvertrag/](http://www.gwk-bonn.de/themen/foerderung-von-hochschulen/hochschulpakt-zukunftsvertrag/zukunftsvertrag/); zuletzt abgerufen am 08. 10. 2020).

Die Hochschulautonomie wird hier durch die Vergabe von Bundesmitteln unterlaufen. So stellt z. B. die Studie „Gender-Forschung und die neue Governance der Wissenschaft: Stand und Perspektiven“ (2003; [www.genderforschung-governance.de/images/inhalte/Broschuere\\_Gender-Forschung\\_2016.pdf](http://www.genderforschung-governance.de/images/inhalte/Broschuere_Gender-Forschung_2016.pdf), S. 15) fest: „Unter Bedingungen der neuen Governance ist die Forschungsförderung ein zentraler Bereich, über den der Staat und die Politik Einfluss auf die Wissenschaftsentwicklung nehmen können“ ([www.genderforschung-governance.de/images/inhalte/Broschuere\\_Gender-Forschung\\_2016.pdf](http://www.genderforschung-governance.de/images/inhalte/Broschuere_Gender-Forschung_2016.pdf), S. 9). Im Fall der Gender-Forschung ist dieses Anreizsystem jedoch problematisch, weil es gerade die Gender-Forschung sind, die die Geschlechterverhältnisse in Deutschland untersucht und Handlungsbedarfe ausspricht ([www.forschung-und-lehre.de/politik/bundesregierung-setzt-auf-genderforschung-1998/](http://www.forschung-und-lehre.de/politik/bundesregierung-setzt-auf-genderforschung-1998/)), von

denen sie selbst – in Form von Anreizsystemen zur Weiterentwicklung ihres eigenen Forschungsbereichs – profitiert. Eine derartige Konstellation wird in der Regel als Interessenskonflikt bezeichnet.

Darüber hinaus nimmt die Bundesregierung auch Einfluss auf einzelne Wissenschaftler, indem sie sie darauf hinweist, dass die Ergebnisse der Gender-Forschung in der Vorbereitung, Vergabe, Begleitung und Umsetzung von Forschungsvorhaben berücksichtigt werden müssen, wenn sie durch den Bund gefördert werden sollen (Arbeitshilfe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): „Gender Mainstreaming in Forschungsvorhaben“, [www.bmfsfj.de/blob/80448/292e691a5db4b14dc3d29e8636e9c89d/gm-arbeitshilfe-forschungsvorhaben-data.pdf](http://www.bmfsfj.de/blob/80448/292e691a5db4b14dc3d29e8636e9c89d/gm-arbeitshilfe-forschungsvorhaben-data.pdf), Anlage 1, S. 9). Auch für die Interpretation der Forschungsergebnisse macht die Bundesregierung Vorgaben, wenn sie z. B. festlegt, dass das Geschlecht „nicht ohne detaillierte Begründung als erklärende Variable verwendet werden“ dürfe [www.bmfsfj.de/blob/80448/292e691a5db4b14dc3d29e8636e9c89d/gm-arbeitshilfe-forschungsvorhaben-data.pdf](http://www.bmfsfj.de/blob/80448/292e691a5db4b14dc3d29e8636e9c89d/gm-arbeitshilfe-forschungsvorhaben-data.pdf), Anlage 1, S. 8).

Wissenschaftler, die der Gender-Forschung kritisch gegenüberstehen, müssen Karriere Nachteile in Kauf nehmen, wenn sie es unterlassen, Gender-Aspekte in allen Phasen ihrer Forschungsprojekte zu berücksichtigen. So wurden z. B. Wissenschaftler, die die Gender-Forschung inhaltlich kritisiert hatten, im Zuge eines durch die Bundesregierung geförderten Forschungsprojekts (REVERSE; vgl. Bundestagsdrucksache 19/17191) aufgelistet, als „Angreifer“ bezeichnet und in Verbindung mit fragwürdigen politischen Akteuren gebracht. Darüber hinaus wurden Parallelen zum Antisemitismus gezogen. All dies geschieht ohne inhaltliche Auseinandersetzung mit der fachlichen Kritik (vgl. hierzu z. B. Marion Näser-Lather: „Genderism is junk science! Gender studies as object of academic criticism“, in: *Critical Issues in Science, Technology and Society Studies*, Conference Proceedings of the 17th STS Conference Graz 2018, 7.–8. Mai 2018, Graz 2018, S. 176–185). Bei einer Nachfrage bestätigte die Bundesregierung, dass dieses Vorgehen im Einklang mit Förderkriterien stünde (Antwort zu Frage 4, Bundestagsdrucksache 19/8788).

Im Weiteren sind mit Blick auf die Gender-Forschung additiv zu den obigen Ausführungen Immunisierungsmechanismen zu konstatieren, mit denen dieser Forschungszweig gegen jede Art von Kritik oder Angriff abgeschottet wird. Mit Immunisierungsmechanismen sind im Sinne des Philosophen Hans Albert ideologische Schutzbarrieren gemeint, die dazu dienen, rationale Einwände und damit Veränderbarkeit durch Dogmatisierung abzuwehren und unwiderlegbar zu machen. Diese Strategie widerspricht modernen wissenschaftlichen Prinzipien, weshalb nicht vermittelbar ist, warum Gender-Forschung weiter mit öffentlichen Mitteln im universitären Bereich privilegiert gefördert werden bzw. universitär verankert bleiben soll.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. jegliche finanzielle Förderung des Bundes, die der (Weiter-)Entwicklung der Gender-Forschung dient, raschestmöglich einzustellen. Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:
  - a) Eine (Weiter-)Entwicklung der Gender-Forschung nicht mehr als gleichstellungsfördernde Maßnahme anzuerkennen, die zur Teilnahme am Professorinnenprogramm qualifiziert. Hochschulen sind angehalten, im Zuge des Professorinnenprogramms Gleichstellungskonzepte vorlegen, die dann dahingehend begutachtet werden, ob hierfür eine Förderung erteilt werden kann. Die Gender-Forschung wird innerhalb dieser Gleichstellungskonzepte als gleichstellungsfördernde Maßnahme aufgeführt, die eine entsprechende Förderung ermöglicht;

- b) den Zukunftsvertrag so abzuändern, dass die Anreize zur (Weiter-)Entwicklung der Gender-Forschung entfallen. In einigen Verpflichtungserklärungen des Zukunftsvertrags werden Hochschulen beispielsweise angehalten, einen bestimmten Frauenanteil an Professuren anzustreben. In der Vergangenheit führte das dann dazu, dass die Hochschulen Professuren für Gender-Forschung schufen, weil diese fast ausschließlich von Frauen besetzt werden und so den Verpflichtungserklärungen nachgekommen wird. Ganz offensichtlich geschieht dies nicht, weil das Wissenschaftssystem Bedarfe für Gender-Forschung sieht;
  - c) weitere von der Bundesregierung geförderte Programme darauf zu prüfen, ob sie implizit den Ausbau der Gender-Forschung begünstigen, und sie so zu korrigieren, dass entsprechende Anreize entfallen;
2. die Wissenschaftsfreiheit wiederherzustellen, indem die genderbezogenen Vorgaben für eine Forschungsförderung von Seiten der Bundesregierung (BMFSFJ) zurückgenommen werden. Dazu zählt konkret:
    - a) Die Arbeitshilfe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) „Gender Mainstreaming in Forschungsvorhaben“ zu kasieren, da sie in die Wissenschaftsfreiheit einschränkt (s. o.);
    - b) Forschungsförderung nicht mehr davon abhängig zu machen, ob Wissenschaftler „Gender-Perspektiven“ berücksichtigen;
    - c) Forschungsförderung nicht mehr davon abhängig zu machen, ob und inwieweit sie die Ergebnisse der Gender-Forschung berücksichtigen (s. o.);
  3. die Voraussetzungen für die Einrichtung eines Stipendiums Anthropologische Geschlechterforschung zu schaffen und einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Das Stipendium soll Studierende und Promovierende in natur- und sozialwissenschaftlichen Fächern fördern, die schwerpunktmäßig Geschlechterforschung auf der Grundlage naturwissenschaftlicher Anthropologie betreiben wollen. Das Stipendium soll im Weiteren Studierende und Promovierende dabei unterstützen, die ideologischen Voreinstellungen und wissenschaftswidrigen Thesen der Gender-Forschung transparent zu machen und einer sowohl naturwissenschaftlichen als auch wissenschaftssoziologischen Kritik zu unterziehen. Die Stipendien sind vollständig und ausschließlich aus Mitteln des Bundes zu finanzieren;
  4. sich bei den Ländern dafür einzusetzen,  
dass Forschungsrichtungen, die elementare Grundsätze des wissenschaftlichen Ethos verletzen und sich fundierter, namentlich naturwissenschaftlicher Kritik durch unlautere Immunsierungsstrategien zu entziehen versuchen, wie es bei der Gender-Forschung der Fall ist, keine öffentlichen Mittel mehr erhalten und an der Universität nicht weiter verankert bleiben.

Berlin, den 5. November 2020

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**